

Das Ende des diplomatischen Frühlings zwischen Japan und China

Wie geopolitische Rivalität das bilaterale Verhältnis prägt

Kento Fukuta / Alexandra Sakaki

Für den Frieden und die Stabilität im Indo-Pazifik ist das Verhältnis zwischen Japan und China von weitreichender Bedeutung, sind diese beiden Länder doch die viert- bzw. die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. In den letzten eineinhalb Dekaden haben sich die sicherheits- und geopolitischen Spannungen zwischen ihnen erheblich verschärft – auch wenn weiterhin enge Handelsbeziehungen bestehen. In der einjährigen Regierungszeit des japanischen Premierministers Ishiba Shigeru (Oktober 2024 bis Oktober 2025) gab es jedoch Anzeichen einer Entspannung. Die Beziehungen seien »in einer kritischen Phase der Verbesserung und Entwicklung«, hatte der chinesische Präsident Xi Jinping im November 2024 verkündet. Daraufhin kam es nicht nur zu einer Reihe diplomatischer Austausche, China ging auch auf Tokios Forderung ein, Einfuhrbeschränkungen für japanische Fischereiprodukte und Rindfleisch aufzuheben. Trotzdem waren die Beziehungen von einem echten Tauwetter weit entfernt. Nachdem sich die neue japanische Premierministerin Takaichi Sanae Anfang November zu Taiwan geäußert hat, ist Beijing auf eine konfrontative Linie umgeschwenkt. Die Beziehungen sind und bleiben fragil.

Ein Blick auf die Staatsbesuche zwischen Japan und China zeigt, wie gering der politische Austausch in den vergangenen Jahren war. Der letzte Staatsbesuch eines chinesischen Präsidenten in Japan liegt siebzehn Jahre zurück: 2008 reiste Hu Jintao, der Amtsvorgänger Xi Jinpings, nach Tokio. Umgekehrt war 2018 Abe Shinzo der bislang letzte japanische Premierminister auf solch offiziellem Besuch in China. Seither fanden Begegnungen auf Ebene der Regierungschefs oder Minister vor allem am Rande multilateraler Treffen

statt, etwa bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen oder beim Gipfel der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC).

Doch unter Premierminister Ishiba Shigeru, der im Oktober zurückgetreten ist, schien der politische und diplomatische Austausch wieder in Gang zu kommen. Ende 2024 reisten der damalige Nationale Sicherheitsberater Akiba Takeo und Außenminister Iwaya Takeshi nach China; im März 2025 folgte in Tokio der erste hochrangige Wirtschaftsdialog seit 2019, unter Vorsitz der Außenminister beider Länder.



Bei einem trilateralen Treffen mit Südkorea vereinbarten die Handelsminister im März 2025, die 2012 begonnenen Verhandlungen über ein gemeinsames Freihandelsabkommen voranzutreiben. Daneben wurde auch der Austausch von Parteien und Parlamentariern intensiviert: Erstmals seit sechs Jahren fand im Januar 2025 ein Dialog der Regierungsparteien in Beijing statt, im April folgte der Besuch einer überparteilichen japanischen Delegation der bilateralen parlamentarischen Freundschaftsgruppe. Selbst der Austausch zwischen Vertretern der Streitkräfte wurde nach fünfjähriger Pause wiederbelebt, in Form gegenseitiger Besuche auf Kommandeurebene im November 2024 und Januar 2025.

Bei Treffen allein blieb es nicht – beide Länder leiteten erste konkrete Schritte zur Verbesserung ihrer Beziehungen ein. Ende 2024 kündigten Tokio und Beijing gegenseitige Visumserleichterungen an und vereinbarten, den zwischenmenschlichen Austausch zu fördern. Anfang November 2025 konnte Japan zum ersten Mal seit 2023 wieder Meeresfrüchte nach China exportieren, nachdem Beijing ein Importverbot teilweise zurücknahm. Dieses hatte es 2023 erlassen, als Japan begonnen hatte, aufbereitetes Kühlwasser des havarierten Atomreaktors Fukushima ins Meer abzuleiten. Im Juli erklärte China zudem, den seit 2001 geltenden Importstopp für japanisches Rindfleisch beenden zu wollen.

Trotz dieser Annäherungen verbesserte sich das bilaterale Verhältnis nicht substantiell. Die Unsicherheiten über den außenpolitischen Kurs der USA unter Präsident Donald Trump und dessen harte Zollpolitik mögen die beidseitige Dialogbereitschaft zwar erhöht haben, dennoch werden Japan und China so schnell keine Freunde. Grund sind wachsende sicherheits- und geopolitische Spannungen zwischen ihnen sowie ein tiefes gegenseitiges Misstrauen. Bereits kurz nach der Amtsübernahme von Japans neuer Premierministerin Takaichi Sanae, die China wiederholt eine Bedrohung nannte und engere Beziehungen zu Taiwan befürwortet, eskaliert ein Streit über eine Äußerung Takaichis im Parlament.

Wachsende Fragilität der Beziehungen

Das sino-japanische Verhältnis ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von wiederkehrenden Spannungen gekennzeichnet. Zunächst stand die Aufarbeitung der japanischen Kriegsvergangenheit im Mittelpunkt; ab den 1990er Jahren rückte zunehmend der Territorialstreit um die unbewohnten, von Japan verwalteten Senkaku-Inseln (chinesisch: Diaoyu) ins Zentrum.

Gleichzeitig gab es stabilisierende Faktoren in Wirtschaft, Politik und Sicherheit. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde Japan ab 1979 über Jahrzehnte Chinas größter Geber von Entwicklungshilfe und trug so zu engen wirtschaftlichen Verflechtungen bei, von denen beide Seiten profitierten. Dementsprechend beschrieb man die bilateralen Beziehungen in Japan oft als »politisch kalt, wirtschaftlich heiß« (*seirei keimetsu*). Ein weiterer stabilisierender Faktor waren die langjährigen persönlichen Kontakte zwischen hochrangigen Politikern beider Länder – begünstigt durch die nahezu durchgehende Regierungsbeteiligung der Liberaldemokratischen Partei in Japan und ihres Koalitionspartners Komeito. Diese Kontakte dienten als informelle Gesprächskanäle (»pipes«), um Informationen auszutauschen, heikle Themen diskret zu besprechen und Spannungen abzufedern. In der Sicherheitspolitik sorgte die militärische Überlegenheit von Japans Bündnispartner USA gegenüber China für klare Machtverhältnisse und wirkte somit ebenfalls stabilisierend.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich das Verhältnis jedoch fundamental verändert: Mit Chinas machtpolitischem Aufstieg und seinem expansiveren Auftreten hat die geopolitische Rivalität spürbar zugenommen. Zugleich verlieren die einst stabilisierenden Faktoren in Wirtschaft, Politik und Sicherheit an Wirkung, während bilaterale Spannungen offener zutage treten. Daher blieben die Beziehungen trotz des intensivierten diplomatischen Austausches während Ishibas Regierungszeit fragil und angespannt.

Geopolitische Rivalität und das Dreieck mit den USA

Die wachsende geopolitische Rivalität prägt das sino-japanische Verhältnis grundlegend. Japan sieht in China eine kompromisslos und revisionistisch auftretende Großmacht, die die regelbasierte Ordnung herausfordert und die USA als bisherigen regionalen Hegemon verdrängen will. Aus chinesischer Sicht wiederum sichert Japan als wichtigster US-Verbündeter in Asien die amerikanische Militärpräsenz in der Region, während seine Lage in der ersten Inselkette Chinas Zugang zum Pazifik erschwert. Mit seiner »Free and Open Indo-Pacific«-Vision (FOIP) hat Japan zudem seinen regionalen Gestaltungsanspruch bekräftigt und sich klar gegen Chinas kompromissloses Verhalten, etwa im Südchinesischen Meer, positioniert.

Vor diesem Hintergrund befördern die zunehmend konfrontativen Beziehungen zwischen den USA und China das bilaterale Misstrauen zwischen Tokio und Beijing. Die vertiefte Kooperation im japanisch-amerikanischen Bündnis wertet China als Beleg für eine gemeinsame Eindämmungspolitik. Wachsende Spannungen sind in der Taiwan-Frage zu beobachten: Während China seine Drohungen gegenüber der Insel verstärkt, haben die USA und Japan die Wahrung von Frieden und Stabilität in der Taiwan-Straße wiederholt zu einem gemeinsamen Kernanliegen erklärt – etwa im Februar 2025 bei einem Gipfel zwischen Präsident Trump und Premierminister Ishiba. US-Verteidigungsminister Pete Hegseth bezeichnete Japan als »unverzichtbaren Partner« zur Abschreckung einer chinesischen Aggression. Medienberichten zufolge intensivierten die USA und Japan in der Amtszeit Ishibas ihre Arbeit an gemeinsamen Operationsplänen für den Fall einer Taiwan-Krise. Parallel dazu hat Tokio seine informellen Beziehungen zu Taipei schrittweise weiter ausgebaut.

Umso mehr mag überraschen, dass China sich während Ishibas Amtszeit stärker auf den Dialog mit Japan einließ. Dafür dürften zwei Faktoren ausschlaggebend gewesen

sein: Erstens handelte es sich eher um einen taktischen als um einen prinzipiellen Kurswechsel in Chinas Japan-Politik. Beijing registriert die Verunsicherung in Japan über Trumps Außenpolitik – dessen gering-schätzigen Umgang mit Verbündeten und sein Desinteresse an der regelbasierten Ordnung – und versucht, daraus Kapital zu schlagen. Wahrgenommene Differenzen zwischen den USA und Japan nutzt China gezielt, um Misstrauen im Bündnis zu schüren. So berichteten chinesische Staatsmedien Ende März, die Handelsminister Chinas und Japans hätten sich im trilateralen Format mit Südkorea auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die US-Zollpolitik verständigt – eine Darstellung, der Japan prompt widersprach.

Zweitens dürfte China durch Ishibas erkennbare Dialogbereitschaft ermutigt worden sein. Zwar setzte dieser angesichts der Sicherheitslage darauf, die japanischen Verteidigungsfähigkeiten zu stärken; zugleich betonte er aber, alle Möglichkeiten zum Austausch mit Beijing nutzen zu wollen, um die Beziehungen zu stabilisieren und Missverständnisse sowie Eskalationen zu vermeiden. Vor dem Hintergrund von Trumps disruptiver Politik und der Unsicherheit über die Belastbarkeit sino-amerikanischer Gesprächskanäle war es ihm offenbar wichtig, eigene Kommunikationslinien zu China offenzuhalten.

Konfrontation im Ostchinesischen Meer

Trotz diplomatischer Austausche in den letzten Monaten zeigten die sino-japanischen Beziehungen in der Sicherheitspolitik keinerlei Entspannung. Japan blickt seit Jahren mit Sorge auf Chinas massive militärische Aufrüstung. Angesichts der regionalen Aktivitäten der Volksrepublik bezeichnet das japanische Weißbuch 2025 China erneut als »beispiellose und größte strategische Herausforderung« – eine Formulierung, die bereits in der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2022 verwendet wurde. Zusätzlich beunruhigt Japan die

Die Lage japanischer Inseln und Taiwans im Ostchinesischen Meer



vertiefte sicherheitspolitische Kooperation zwischen China, Nordkorea und Russland, die bei der Militärparade in Beijing im September demonstrativ durch die Anwesenheit der drei Staatsoberhäupter unterstrichen wurde.

Vor allem die Spannungen im Territorialstreit um die Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer haben sich in den vergangenen Jahren zugespitzt (siehe Grafik). Seit einer Kollision zwischen einem chinesischen Fischerboot und einem Schiff der japanischen Küstenwache 2010 hat China eine enorme, fast kontinuierliche Präsenz im Meeresgebiet um die Inseln aufgebaut. Indem es Schiffe der eigenen Küstenwache in die Territorialgewässer (12 Seemeilen) sowie die umliegende Anschlusszone (12 bis

24 Seemeilen) der Inseln entsendet, stellt China Japans Territorialansprüche und Kontrolle tagtäglich in Frage.

Zwei Trends sind dabei zu erkennen: Erstens hat China seine Präsenz sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgeweitet. Noch nie sind so viele Schiffe der chinesischen Küstenwache durch die Anschlusszone der Inseln gefahren wie 2024 – nämlich an 355 von 365 Tagen. 2025 waren chinesische Schiffe bis Ende Oktober nur an vier Tagen abwesend. In die Territorialgewässer drangen Chinas Schiffe 2024 an 42 Tagen ein, das ist der zweithöchste Wert seit 2013. Dabei entsendet China immer größere Schiffe, die mit schwerem Geschütz ausgestattet sind, darunter das weltweit größte Küstenwacheschiff mit zwei Heli-

koptern. Zweitens versucht China immer öfter, japanische Fischerboote aus den Territorialgewässern zu vertreiben, um auf diese Weise effektive Kontrolle durch Ausübung hoheitlicher Befugnisse zu demonstrieren. Allein im Jahr 2023 zählte die japanische Küstenwache 17 solcher Fälle. Insgesamt setzt China im Ostchinesischen Meer – analog zu seinem Vorgehen im Südchinesischen Meer – auf eine Grauzonen-Strategie, um seine Kontrolle schrittweise und langfristig auszuweiten.

Auch über den Territorialstreit hinaus beobachtet Japan eine Intensivierung chinesischer militärischer Aktivitäten in seiner Nähe, und zwar zur See wie in der Luft. Besonders die Übungen und Drohgebärden Chinas gegenüber Taiwan betreffen Japan unmittelbar: Die nächstgelegene japanische Insel liegt nur rund 110 Kilometer entfernt. Überdies verstärkt China seine Präsenz in den Pazifik hinein. So operierten im Mai und Juni 2025 erstmals zwei chinesische Flugzeugträger samt Kampfflugzeugen gleichzeitig in der Nähe kleinerer japanischer Inseln. Damit beweist China seine Fähigkeiten zur Machtprojektion weit über die Landesgrenzen hinaus. China provoziert Japan dabei immer wieder direkt. Im August 2024 drang zum ersten Mal ein chinesisches Aufklärungsflugzeug in den japanischen Luftraum ein, im Juni und Juli 2025 näherten sich chinesische Kampfflugzeuge mehrfach gefährlich japanischen Militärmaschinen, in einem Fall bis auf 30 Meter. Auch gemeinsame chinesisch-russische Manöver in Japans Nähe haben zugenommen.

Die wachsende Bedrohung durch China hat Japan in den letzten Jahren zu umfassenden sicherheitspolitischen Reformen bewogen. Zwischen 2022 und 2025 stiegen die Verteidigungsausgaben von 5,4 auf 8,7 Billionen Yen (von 35 auf 56 Milliarden US-Dollar), und die Präsenz von Militär und Küstenwache im China zugewandten Südwesten des Landes wurde verstärkt. Auf Inseln nahe Taiwan wurden Basen ausgebaut und Antischiff- sowie Flugabwehrraketen und Luftverteidigungssysteme stationiert. In Kumamoto auf Kyushu, einer

der Hauptinseln, plant Japan, bis März 2026 als Teil seiner »Gegenschlagsfähigkeiten« neue Typ-12-Langstreckenraketen einzuführen, die begrenzt Luftschläge auf gegnerische Ziele ermöglichen. Japans konventionelle Fähigkeiten tragen damit auch zur Abschreckung eines Angriffs auf Taiwan bei, da sie im Verbund mit den USA potenziell Chinas Operationsfreiheit in der Region einschränken und so die Aussichten auf einen schnellen Sieg mindern.

Seit 2022 hat Japan seine Küstenwache ebenfalls deutlich gestärkt. Auf Ishigaki, nahe Taiwan, befindet sich nun der landesweit größte Stützpunkt, mit einer Besatzung von 600 Personen vor allem für Patrouillen um die Senkaku-Inseln. Weitere Aufrüstungen sind geplant, unter anderem ein neues Mehrzweck-Patrouillenboot, das bisherige Modelle der Marine übertreffen würde. Parallel dazu baut Japan ein umfassendes Zivilschutzkonzept für die entlegenen Inseln im Südwesten auf, einschließlich Schutzräumen und Evakuierungsplänen. Diese Vorkehrungen illustrieren Japans hohes Krisenbewusstsein.

Während die Streitkräfte und Küstenwachen von Japan und China in unmittelbarer Nähe zueinander operieren, besteht keine funktionierende Krisenkommunikation. Zwar wurde im Mai 2023 offiziell eine Hotline zwischen den Verteidigungsministerien eingerichtet, doch seither wurde sie bei keinem sicherheitspolitisch relevanten Vorfall genutzt. Medienberichten zufolge hat Japan mehrfach versucht, Kontakt aufzunehmen – erfolglos. Dies führen japanische Beobachter darauf zurück, dass auf chinesischer Arbeitsebene Kommunikationsbefugnisse fehlen.

Wirtschaft im Schatten der Rivalität

Die wachsenden geopolitischen Spannungen der letzten Jahre haben auf den ersten Blick wenig Einfluss auf die engen Handelsbeziehungen zwischen Japan und China. 2024 war China mit 292 Milliarden US-Dollar und einem Anteil von gut 20 Prozent Japans

größter Handelspartner und übertraf die USA (226 Milliarden US-Dollar). Umgekehrt war Japan mit einem Anteil von 4,8 Prozent Chinas drittgrößter Handelspartner nach den USA und Südkorea. Hinter diesen Zahlen stehen wechselseitige Abhängigkeiten: Japanische Unternehmen sind auf China in Lieferketten und als Absatzmarkt angewiesen, während China japanische Technologien benötigt, etwa für die Chipherstellung.

Politisch haben sich die Wirtschaftsbeziehungen jedoch deutlich verändert, und das bereits lange vor der Ishiba-Regierung. Jahrzehntlang wurden wirtschaftliche Kooperationen weitgehend losgelöst von politischen Differenzen und periodisch aufflammenden Konflikten gepflegt. Japan verfolgte das Ziel, durch Kooperation beidseitiges Vertrauen zu schaffen und China in die multilaterale, regelbasierte Weltordnung zu integrieren; beispielsweise unterstützte Tokio Chinas Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO). Im Jahr 2010 setzte China erstmals wirtschaftliche Abhängigkeiten gezielt als politisches Druckmittel ein, als es im Zuge des Territorialstreits um die Senkaku-Inseln die Ausfuhr Seltener Erden nach Japan einschränkte. In Japan galt auch Chinas 2023 erlassenes Importverbot für japanische Fischereiprodukte als politisch motiviert, da unter anderem die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) die Einleitung aufbereiteten Kühlwassers aus Fukushima ins Meer als sicher eingestuft hatte.

Seit 2010 prägen sicherheits- und geopolitische Erwägungen Japans Wirtschaftspolitik zunehmend. Gegenüber China ist Japan bestrebt, strukturelle Verwundbarkeiten zu verringern und kritische Abhängigkeiten zu minimieren, wobei Tokio die Vorteile enger Handelsbeziehungen soweit möglich aufrechterhalten will. Entsprechend zielt Japans Wirtschaftssicherheitspolitik – etwa im Rahmen des 2022 verabschiedeten Economic Security Promotion Act – auf die Diversifizierung strategischer Lieferketten, den Schutz sensibler Technologien und die Förderung nationaler Innovationskapazitäten.

Grundsätzlich ähnelt Japans Ansatz dem der USA in den letzten Jahren. Im Unterschied zu den Gesetzen und Maßnahmen der USA sind die japanischen jedoch länderspezifisch formuliert und in ihrem Anwendungsbereich enger gefasst, zudem setzen sie nicht auf handelspolitische Instrumente wie Strafzölle. Unter der Ishiba-Regierung führte Tokio diesen Kurs fort, zum Beispiel indem es ein massives Investitionspaket für die Bereiche Halbleiter und Künstliche Intelligenz verabschiedete. Im japanischen Denken sind Innovation und Technologieführerschaft von zentraler Bedeutung, um gegenüber China eine Position strategischer Unentbehrlichkeit (*senryakuteki fukaketsusei*) zu sichern und damit Beijings Kalkül zugunsten Japans zu beeinflussen. In dieser Hinsicht setzt Tokio also weiterhin auf eine bilateral stabilisierende Wirkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China.

Auch auf Unternehmensebene sind Veränderungen erkennbar. 2023 investierten japanische Unternehmen rund 135,8 Milliarden US-Dollar in China, das entsprach 6,4 Prozent des Gesamtbestands japanischer Auslandsinvestitionen. Im Jahr 2015 lag dieser Anteil noch bei 8,6 Prozent. Japanische Investitionen in China nehmen also ab. Eine Umfrage der japanischen Außenwirtschaftsorganisation JETRO im Sommer 2024 ergab, dass nur 21,7 Prozent der in China tätigen japanischen Unternehmen expandieren wollen; das ist der niedrigste Wert seit 2007. 64,6 Prozent der Unternehmen planen, den Status quo beizubehalten, 13,7 Prozent wollen ihre Aktivitäten reduzieren oder abziehen.

Die Gründe nachlassender Investitionstätigkeit in China sind vielfältig – neben geopolitischen Risiken berücksichtigen Unternehmen auch Faktoren wie Chinas schwache Inlandsnachfrage und konjunkturelle Abkühlung sowie regulatorische Eingriffe. Sicherheitsbedenken spielen ebenfalls eine Rolle: In den vergangenen Jahren wurden mindestens 17 japanische Staatsangehörige in China unter undurchsichtigen Spionagevorwürfen festgenommen, dazu kamen im öffentlichen Raum

mehrere gewaltsame Übergriffe auf Japaner, unter ihnen Kinder.

Gesellschaftliche Entfremdung

Die bilateralen Spannungen spiegeln sich zunehmend in der Gesellschaft wider: In einer Umfrage des japanischen Thinktanks Genron NPO gaben 2024 89 Prozent der Japaner und 88 Prozent der Chinesen an, ein schlechtes oder relativ schlechtes Bild des jeweils anderen Landes zu haben. Vor rund zwanzig Jahren lagen die Werte noch teils unter 40 Prozent.

Beim gesellschaftlichen Austausch zeigt sich ein differenziertes Bild: Die Zahl der in China lebenden japanischen Bürger sank von circa 150.000 im Jahr 2012 auf knapp unter 100.000 Ende 2024. Nur circa 3.000 japanische Studierende unternahmen 2024 einen Auslandsaufenthalt in China. Dagegen stieg die Zahl der in Japan lebenden chinesischen Bürger in den letzten Jahren deutlich, auf rund 870.000 im Jahr 2024. Bei chinesischen Studierenden und Touristen erfreut sich Japan großer Beliebtheit. Damit rücken chinesische Staatsangehörige in Japan allerdings auch stärker in den Fokus innenpolitischer Debatten. Bei den Oberhauswahlen im Juli etwa wurde kontrovers über Einwanderung und Immobilienkäufe durch Ausländer diskutiert – Themen, die im öffentlichen Diskurs häufig mit China verknüpft werden.

Wechselseitiges Misstrauen wird durch historische Divergenzen und Geschichtspolitik verstärkt. Seit den 1990er Jahren propagiert die chinesische Führung nationalistische Geschichtsnarrative, die Japan als zentralen Antagonisten darstellen. Vor diesem Hintergrund schwindet in Japan die Bereitschaft, mit China den Dialog über die Vergangenheit zu suchen. Gleichzeitig fordern rechtskonservative japanische Politiker, darunter Premierministerin Takaichi, mehr Patriotismus und eine weniger selbstkritische Geschichtsschreibung. Ein Auslöser für bilateralen Streit mit China war in der Vergangenheit zudem der Besuch japanischer Premierminister am Yasukuni-

Schrein, in dem japanischer Kriegstoter – unter ihnen verurteilte Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs – gedacht wird. In dieser Hinsicht hat Tokio in den letzten Jahren Zurückhaltung gezeigt, denn Abe Shinzo war 2013 der letzte Premierminister, der den Schrein besuchte.

Angesichts gesellschaftlicher Entfremdung und wachsender bilateraler Spannungen scheinen auch die informellen Gesprächskanäle zwischen führenden Politikern beider Länder geschwächt. Politiker, die in Dialog treten wollen, geraten schnell in den Verdacht, der Gegenseite zu weit entgegenzukommen. So wurde Ishiba von Parteikollegen kritisiert, als seine Regierung Visumserleichterungen für chinesische Staatsangehörige einführte. Das Ergebnis solcher Entwicklungen ist eine strukturelle Verhärtung der Beziehungen, die die Wiederaufnahme von Dialog und Kooperation erschwert.

Chinas Eskalation nach Takaichis Taiwan-Aussage

Deutlich offenbart sich die Fragilität der sino-japanischen Beziehungen seit dem Amtsantritt von Premierministerin Takaichi Sanae Ende Oktober. Anfangs zeigten beide Seiten noch Gesprächsbereitschaft: Takaichi und Xi trafen sich am Rande eines multilateralen Gipfels persönlich und bekräftigten ihr Ziel einer »beidseitig vorteilhaften Beziehung auf Grundlage gemeinsamer strategischer Interessen« – eine seit 2007 oft wiederholte, mittlerweile weitgehend leere Phrase. Takaichi thematisierte dabei auch Japans Sicherheitsbedenken, etwa Chinas Aktivitäten im Ostchinesischen Meer.

Die Atmosphäre schlug schlagartig um, als Takaichi Anfang November auf Nachfrage eines Oppositionspolitikers im Parlament aussagte, eine militärische Eskalation um Taiwan könne für Japan eine »existenzbedrohende Situation« darstellen. Nach japanischer Gesetzgebung würde dies ermöglichen, das Recht auf kollektive Selbstverteidigung auszuüben. Takaichis Ausführungen legen allerdings nahe, dass sie



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors und der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2025A52

damit nicht die Verteidigung Taiwans durch Japan meinte, sondern den Schutz amerikanischer Truppen, falls diese eingreifen würden. Dies entspricht einer gesetzlichen Regelung, die Japan bereits 2015 einführte. Für eine amtierende Premierministerin war die Bezugnahme auf ein Taiwan-Szenario allerdings ungewöhnlich konkret. Zuvor war Japans Politik durch strategische Ambiguität geprägt, bei der offenblieb, ob und inwiefern das Land sich an einem militärischen Konflikt um Taiwan an der Seite der USA beteiligen würde. Takaichi betonte, ihre Äußerung bedeute keine Veränderung von Japans Politik, und kündigte an, künftig keine hypothetischen Szenarien mehr zu diskutieren.

China reagierte umgehend mit einer Kombination aus scharfer, konfrontativer Rhetorik und gezieltem ökonomischen Druck. Das Außenministerium forderte von Takaichi die Rücknahme ihrer Aussage und warnte vor Einmischung in die Taiwan-Frage mit den Worten: »Wer mit dem Feuer spielt, wird daran zugrunde gehen.« Der chinesische Generalkonsul in Osaka, Xue Jian, drohte Takaichi gar mit Enthauptung. China riet seinen Bürgern von Reisen nach Japan ab, da ihre Sicherheit »erheblich gefährdet« sei. Innerhalb von drei Tagen wurden fast eine halbe Million Flugtickets nach Japan storniert, was insbesondere die japanische Tourismusbranche treffen dürfte. Sein Importverbot für japanische Fischereiprodukte setzte China erneut in Kraft. Japans sofortige Entsendung eines ranghohen Beamten des Außenministeriums brachte keine Deeskalation.

Ausblick und Implikationen

Nach einem schnellen Ende im Streit über Takaichis Taiwan-Äußerung sieht es derzeit nicht aus. Insgesamt ist die Entwicklung der japanisch-chinesischen Beziehungen besorgniserregend und von sich gegenseitig verstärkenden negativen Dynamiken gekenn-

zeichnet. Durch die wachsende geopolitische Rivalität verschärfen sich die sicherheitspolitischen Spannungen, zumal China im Territorialstreit immer aggressiver auftritt. Wirtschaftliche Kooperation wird zunehmend von politischen Kalkülen überlagert und von China gezielt als Druckinstrument eingesetzt. Gesellschaftliches und politisches Misstrauen erreicht Rekordwerte, während traditionelle informelle Gesprächskanäle erodieren. Damit werden die Beziehungen fragiler, was das Risiko weiterer Eskalation erhöht.

Ishibas und Takaichis China-Politiken mögen sich vor allem im Ton unterscheiden; trotzdem ist bemerkenswert, wie schnell Beijing infolge der Taiwan-Äußerung Takaichis von einem Annäherungskurs gegenüber Tokio zu Konfrontation und Provokation übergegangen ist, inklusive wirtschaftlicher Druckmittel. Ähnliche Wechselspiele zwischen Zugeständnissen und harten Drohungen Beijings haben auch andere Staaten erlebt — Australien ist hier ein prominentes Beispiel. Für seine eigenen Beziehungen mit China sollte Deutschland bzw. Europa daraus lernen, dass Fortschritte und Absprachen stets auf ihre tatsächliche Substanz geprüft werden müssen.

Japan und Deutschland bzw. Europa teilen mit Blick auf China ähnliche Sorgen: etwa über dessen machtpolitisches, aggressives Vorgehen, seine Missachtung internationaler Regeln und Normen oder seinen Einsatz wirtschaftlicher Druckmittel. Umso wichtiger ist es, dass sie ihre Solidarität demonstrieren, wenn Beijing gegenüber einer der beiden Seiten oder anderen engen Partnern Druck ausübt oder provoziert. Zugleich sollten Berlin und Tokio ihre Zusammenarbeit in Fragen der Wirtschaftssicherheit, der Resilienz kritischer Lieferketten und der Verteidigungskooperation vertiefen, um ihre Handlungsfähigkeit und ihre Positionen gegenüber China zu stärken. Auch in multilateralen Kontexten wie der G7 sollten beide Seiten ihre Zusammenarbeit gerade in Bezug auf China intensivieren.

Kento Fukuta war von April bis Juni 2025 Praktikant der Forschungsgruppe Asien.

Dr. Alexandra Sakaki ist Stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Asien.

Die Autoren danken Simona Beckemeier und Isabelle Faulhaber für ihre Unterstützung bei Literaturrecherche bzw. Aufarbeitung von Wirtschaftsdaten.